

Dörfer ohne Wasser: Spanien vertrocknet

von Iris Schulz

Ist der Wassermangel in Spanien eine Auswirkung des Klimawandels? Nur zum Teil. Agrarindustrie, Viehzucht und illegale Brunnen sind mitverantwortlich für die wachsende Wasserknappheit. Ganze Dörfer haben kein Trinkwasser. Welche Möglichkeiten haben betroffene Menschen, ihr Recht auf Wasser zu verteidigen?



Um 18 % ist der Regen seit 1980 zurückgegangen. Dennoch wuchs die intensive Landwirtschaft allein seit dem Jahr 2000 um 21 %. Die Bewässerung stieg innerhalb eines Jahrzehnts um mehr als zehn Prozent. Knapp 80 % des verfügbaren Wassers fließen inzwischen in den Agrarsektor. Spanien ist in der EU der führende Produzent von tropischen Früchten und steht auch beim Einsatz von Pestiziden oben in

der Statistik. Das Land exportiert Wasser in Form von Obst und Gemüse: 2018 zum Beispiel 97.000 Tonnen Avocados, Tendenz steigend. Nach Angaben des spanischen Instituts für Geologie und Bergbau führen mehr als vierzig Prozent der Oberflächengewässer wenig Wasser oder sind stark verunreinigt. Nach einer Studie des WWF Spanien sind 25 % der Grundwasserleiter überbeansprucht. Ein Grund dafür ist der jahrzehntelange Wasserraub für die exportorientierte Landwirtschaft.

Illegale Brunnen

Bereits 2006 räumte die Regierung die Existenz von einer halben Million (!) illegaler Brunnen ein. Zusammen können diese pro Jahr bis zu 3,6 Milliarden Kubikmeter Wasser fördern. 2017 sickerte aus dem Umweltministeriums durch, dass die Zahl inzwischen bei einer Million liegen könnte. Unternommen wurde wenig. Das Desinteresse änderte sich erst 2019 nach einem tragischen Unfall: Ein Kleinkind fiel in einen illegalen Brunnenschacht und konnte nur noch tot geborgen werden. Plötzlich standen die meist versteckt angelegten Brunnen in der öffentlichen Kritik. 1.410 wurden geortet und untauglich gemacht. 107 Personen wurden verhaftet.

Im Januar 2019 gab es Konsequenzen auf höherer Ebene: Spanien wurde von der EU Kommission angezeigt. Der Vorwurf: Untätigkeit der Behörden im Kampf gegen Wasserdiebstahl, durch den die Doñana – Weltkulturerbe und eines der wichtigsten Naturreservate in der EU – bedroht ist. Doch wohin fließt das illegal abgegrabene Wasser? Zum Beispiel in „unsere“ Erdbeeren: Ganz in der Nähe des Naturparks in Andalusien werden über 90 % der spanischen und rund ein Viertel aller europäischen Erdbeeren produziert. Für ein Kilogramm werden durchschnittlich 209 Liter Wasser verbraucht. Hauptabnehmer ist Deutschland. Rotes Gold werden die Früchte in der Region genannt.



Illegaler Brunnen in Lucena del Puerto (© Pablo Flores / WWF Spanien)

Erntehelfer*innen ohne Wasser

Während die Erdbeeren gehegt und gepflegt werden, kümmert sich kaum jemand um die Versorgung der Erntehelfer*innen. Viele von ihnen stammen aus afrikanischen Ländern und besitzen keine Aufenthaltsgenehmigung. Philip Alston, UN-Sonderberichterstatter für extreme Armut und Menschenrechte, besuchte im Februar 2020 eines ihrer Lager in Huelva und äußerte danach, die Zustände gehörten zu den schlimmsten, die er je gesehen habe. Die Menschen lebten „wie die Tiere, ohne Toiletten, Strom und fließendes Wasser, in einer improvisierten Zeltstadt, wie man sie eher aus Syrien kennt denn aus der EU“ (1).

Ebenso verheerend beschreibt eine Studie von Caritas Huelva die Situation. Allein in Huelva gibt es 49 Elendsviertel ohne Wasserversorgung, in denen während der Erdbeererntezeit bis zu 3.000 Saisonarbeiter*innen leben. Mit der Covid-Krise wurden die unmenschlichen Bedingungen lebensbedrohlich. Das Afrikanische Arbeiterkollektiv (CTA) fordert das Gesundheitsministerium auf, den Zugang zu Wasser zu garantieren und hat die Klage eines Saisonarbeiters gegen die spanische Regierung unterstützt. Dieser wehrt sich dagegen, während der Pandemie in einer Hütte ohne Wasser und Grundversorgung eingesperrt zu sein.

Ähnlich sieht es in der Provinz Almeria aus. José María Calaforra, Professor für Geodynamik an der Universität Almeria und Vorstandsmitglied von Acuiferos Vivos, hat im April 2020 beim Gesundheitsministerium eine Beschwerde eingereicht. Er argumentiert, dass es rund 6.000 Menschen in 80 improvisierten Lagern an Allem fehle. Dies verletze nicht nur das Menschenrecht auf Wasser (2), sondern auch die spanische Verfassung. Auch wenn die Verfassung Wasser nicht ausdrücklich als Grundrecht anerkennt, könne der Zugang zu Wasser aus dem Recht auf Leben abgeleitet werden.

Ausgetrocknete Dörfer

In Almeria haben intensiv bewirtschaftete Olivenplantagen mitten in der Taberna-Wüste dazu geführt, dass der Aguas-Fluss auszutrocknen droht. Dieser ist eine der wenigen Wasserressourcen der Provinz, die vollständig zur Wüste geworden ist. Mangelnde Wasserversorgung in den Dörfern sowie die Bedrohung einzigartiger Ökosysteme sind die Folge.

Umweltgruppen, die sich in der Plattform Acuiferos Vivos zusammengeschlossen haben, prangern die Übernutzung seit mehr als 15 Jahren an. Diese hat viele Bewohner*innen zu prekärer Migration gezwungen. Dörfer wie Góchar, Mayordomo oder Téjica sind bereits verlassen. Daran hat auch eine Protestaktion vor dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag nichts geändert. 2017 reichten Ecológistas en Acción Beschwerde bei der Europäischen Kommission ein. Knapp zwei Jahre später wurde diese abgelehnt.

Verschmutztes Wasser

Nach Angaben der FAO befindet sich Spanien in einer „umfassenden Wasserqualitätskrise“. Gülle, Antibiotika, Düngemittel und Pestizide verunreinigen die Grundwasserleiter so stark, dass viele Dörfer in Spanien kein Trinkwasser mehr besitzen. 14 Gemeinden der Provinz Málaga haben 2019 dringend um ein Treffen mit der Regierung gebeten, da ihr Trinkwasser „immer knapper und von immer schlechterer Qualität“ sei. In einem Dorf der Region, Fuente de Piedra, kommt seit 2017 gar kein Wasser mehr aus den Leitungen. Zweimal in der Woche wird Wasser per Lastwagen geliefert.

In der Provinz Tarragona leben knapp 5.000 Menschen in Dörfern, deren Wasser 2008 offiziell als nicht trinkbar erklärt wurde. Immer wieder werden sie getröstet – obwohl das Kommunalrecht festlegt, dass die Trinkwasserversorgung eine Pflicht der Stadtverwaltung ist. Auch die Charta der EU hält fest, dass „jede Person das Recht auf ausreichendes Wasser zur Deckung ihrer Grundbedürfnisse“ hat. Wegen mangelhafter Abwasserbehandlung wurde Spanien 2018 vom EU-Gerichtshof zu einer Strafe in Höhe von zwölf Millionen Euro verurteilt.

Verstärkte Wasserausbeutung

Die spanische Regierung setzt zur Wasserversorgung auf Umverteilung aus den 1.225 Stauseen des Landes. Die erste Flussumleitung fand schon 1979 statt. Aber diese Strategie steht zunehmend unter Kritik. Anstatt zum Sparen von Wasser führt sie dazu, dass die intensive Agrarwirtschaft auch in Gebieten zunimmt, die auf Grund ihrer natürlichen Wasserressourcen nicht dafür geeignet sind.



Lager von Erntehelfer*innen in Almería (© José Luis Lopez Fernandez, Acuiferos Vivos)

Staaten haben die menschenrechtliche Pflicht, ihre Bürger*innen vor Eingriffen Dritter zu schützen, die das Menschenrecht auf Verfügbarkeit und Zugang zu Wasser gefährden. Die spanische Regierung müsste also eingreifen, illegale Brunnen schließen und die Übernutzung des Grundwassers stoppen. Darüber hinaus umfasst das Menschenrecht auf Wasser die Pflicht, die Versorgung für alle Bürger*innen zu gewährleisten. Spanien muss daher alle Dörfer, die kein Wasser mehr haben, mit Wasser versorgen. Vielleicht ist es ein erster Schritt, dass die neue Ministerin für ökologischen Wandel und demographische Herausforderung, Teresa Ribera, Anfang 2020 einen Konsultationsprozess zur Wasserproblematik initiiert hat.

- (1) El País, 18. Februar 2020, "No water, toilets or electricity: Life in Spain's shameful shanty town"
 (2) Am 28. Juli 2010 hat die UN-Generalversammlung das Menschenrecht auf Wasser und sanitäre Grundversorgung anerkannt. In der Europäischen Charta zu Wasserressourcen von 2001 heißt es, dass „jeder das Recht auf Zugang zu ausreichend Wasser hat, um seine Grundbedürfnisse zu befriedigen“. In der EU-Wasserrahmenrichtlinie (2000) heißt es, dass „Wasser keine Ware wie jede andere ist, sondern ein Erbe, das als solches geschützt, verteidigt und behandelt werden muss“.

Iris Schulz ist TV-Journalistin und hat sich bei FIAN zum Thema Recht auf Wasser engagiert. Sie lebt und arbeitet in Madrid.

August 2020

FIAN Deutschland e.V. · Gottesweg 104 · 50939 Köln
 Telefon 0221 474 491-10 · info@fian.de · www.fian.de

Mit Ihrer Spende können wir unsere
 Unabhängigkeit bewahren

Spendenkonto

FIAN Deutschland e.V.

GLS-Bank eG Bochum BIC GENODEM1GLS
 IBAN DE84 4306 0967 4000 444400

Gefördert durch ENGAGEMENT GLOBAL
 mit finanzieller Unterstützung des



Gefördert mit Mitteln des evangelischen Kirchlichen Entwicklungsdienstes und der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen.



Für den Inhalt ist allein der
 Herausgeber verantwortlich.

Die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global gGmbH, dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, der Stiftung Umwelt und Entwicklung NRW oder des evangelischen Kirchlichen Entwicklungsdienstes wieder.